

Bund einsetzen, und zwar alle Länder geschlossen. Dann hilft es sicherlich, wenn der eine oder andere mithilft und mitzieht.

Ein vom Bundesministerium in Auftrag gegebenes Gutachten - also nicht nur unser eigenes Gutachten - hat mittlerweile bestätigt, dass die Kompensationsleistungen für die soziale Wohnraumförderung angemessen und bedarfsgerecht verwendet werden und vor allem - das ist das Entscheidende - weiterhin erforderlich sind. Das heißt, an der Erkenntnis und Aussage, dass wir auch nach 2013 Kompensationsmittel für die Wohnraumförderung brauchen, ist nicht zu rütteln. Nun müssen wir den Bund überzeugen. Das sollten wir sicherlich gemeinsam tun.

Uns geht es um Fördermittel in bedarfsgerechter Höhe. Da darf ich auf Ihren Antrag zurückkommen, in dem Sie von Mitteln schreiben, „die der Bund dem Land aus dem Entflechtungsgesetz für die Wohnraumförderung zuweist“. Diese Formulierung ist nicht zutreffend; denn diese Mittel wird es so nicht mehr geben. Die Zweckbindung der Kompensationsmittel für die Wohnraumförderung entfällt ab 2014.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist spitzfindig!)

Das heißt, der Wortlaut ist nicht korrekt. „Die Mittel, die der Bund dem Land aus dem Entflechtungsgesetz für die Wohnraumförderung zuweist“, gibt es nicht. Es gibt keine klare Zuweisung. Deswegen ist die Formulierung, die wir gewählt haben, nämlich Mittel „in bedarfsgerechter Höhe“, richtig. „Bedarfsgerecht“ heißt auch, dass es auch mehr sein kann, wenn der Bedarf steigt. Insofern bleibt es, denke ich, bei unserer korrekten Formulierung. Sie ist das richtige Signal.

Meine Damen und Herren, die soziale Wohnraumförderung in Niedersachsen ist ein Erfolg und soll ein Erfolg bleiben. Dazu wird dieser Entschließungsantrag beitragen. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen. Denn so setzen wir gemeinsam ein Signal.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag, der auf eine Annahme der Beschlussempfehlung mit einem geänderten letzten Satz abzielt, entfernt sich inhaltlich am weitesten vom ursprünglichen Antrag. Wir stimmen daher zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Falls er abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab.

Wir kommen also zunächst zur Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/4502. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit hat dieser Änderungsantrag keine Zustimmung gefunden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden, geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt worden.

Zur weiteren Abwicklung der Tagesordnung möchte ich Ihnen folgenden Hinweis geben: Nach der Tagesordnung steht jetzt der Tagesordnungspunkt 35 an. Mir ist übermittelt worden, dass dieser nach einer Abstimmung unter den Fraktionen auf das März-Plenum verschoben werden soll.

Ich kann gleich hinzufügen: Zu Punkt 37 ist vereinbart worden, dass eine Direktüberweisung in die Ausschüsse erfolgen soll.

Vielleicht gibt es noch weiteren Gesprächsbedarf der Fraktionen untereinander, was andere Punkte anbelangt. Aber dem will ich nicht vorgreifen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 36** auf:

Erste Beratung:

**Produktivität und Wertschöpfung schützen - Spekulationen und Wetten mit Finanztransaktionssteuer begegnen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/4441

Zur Einbringung erteile ich der Kollegin Emmerich-Kopatsch das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

**Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wie bekannt, setzt sich die SPD seit Langem für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein.

(Dr. Manfred Sohn (LINKE): So lange nun auch noch nicht!)

Auch die Grünen tun das. Selbst Frau Merkel forderte erst kürzlich bei ihrer Aschermittwochsrede die Einführung dieser Steuer. Herr Lammert und Herr Kauder wollen sie ebenso. Im EU-Parlament und in der EU-Kommission herrscht Einigkeit darüber, dass diese Steuer einzuführen ist. Seit dem 28. September letzten Jahres liegt auf der EU-Ebene ein Beschlussvorschlag vor.

Eigentlich sind sich alle einig,

(Klaus Rickert [FDP]: Nur die böse FDP nicht!)

dass die Finanzmärkte gebremst und an den Kosten der Finanz- und Schuldenkrise beteiligt werden sollen. Aber es passiert nichts. Auch in dieser Frage lässt die FDP die Kanzlerin im Regen stehen. Die Argumente der FDP sind dürrig. Niemand kann sie nachvollziehen. Klar ist nur, dass man mit dieser FDP im Moment wirklich keinen Staat machen kann.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass aus Niedersachsen ein klares Signal kommt, dass es jetzt allerhöchste Zeit für die Einführung dieser Finanztransaktionssteuer ist. Nennen Sie mir einen vernünftigen Grund, warum, wenn beispielsweise Deutschland und Frankreich vorangehen sollten, Spanien und Italien sich nicht anschließen sollten! Allein diese vier Länder könnten in der Eurozone erreichen, dass sich dieses Instrument flächendeckend durchsetzt.

Wir können doch nicht allen Ernstes durch Zögern dafür sorgen, dass der einfache Steuerzahler und die sorgsam arbeitenden Unternehmen für all die Schäden, die angerichtet worden sind und angerichtet werden, immer wieder alleine aufkommen müssen.

(Christian Grascha [FDP]: Ihr Antrag ist viel sachlicher als Ihre Rede!)

Noch einmal können wir uns einen Crash wie 2008/2009 nicht leisten. Für weitere Konjunkturprogramme wäre schlicht kein Geld mehr da. Der

soziale Zusammenhalt und vor allem die Sozialleistungen des Staates wären auf Dauer bedroht.

Kolleginnen und Kollegen, es ist schließlich überhaupt nicht einzusehen, warum auf alle Güter und Dienstleistungen Steuern erhoben werden, aber alle Finanzprodukte - und seien es noch so windige - steuerfrei gehandelt werden dürfen.

(Zuruf von der SPD: Genau! - Christian Grascha [FDP]: Was glauben Sie denn, wer diese Steuer bezahlt?)

Viele Emittenten verstehen ihre Produkte inzwischen selbst nicht mehr. Der Umfang der gefährlichen Derivate entspricht inzwischen annähernd dem 70-Fachen des Weltsozialproduktes, und das, ohne dass irgendeine produktive Leistung oder gar ein greifbares Produkt dem gegenübersteht. Der ursprüngliche Sinn der Derivate, Risiken abzusichern, ist weitgehend durch Zockerei mit nicht vorhandenen Werten, Rohstoffen oder sogar Nahrungsmitteln ersetzt worden. Diesem Missbrauch muss man Einhalt gebieten.

Kolleginnen und Kollegen, hier zeigt sich doch inzwischen die hässliche Seite des Kapitalismus. Wetten auf das frühzeitige Ableben von Versicherten, wie sie die Deutsche Bank noch letzte Woche angeboten hat, sind nur ein Beispiel für die Absurdität, ja Perversion des inzwischen entfesselten Marktes. Getrieben, wenn nicht gar regiert werden wir doch von Algorithmen und Logarithmen, die immer wieder neu erdacht und als Produkt verpackt werden, ohne dass jemals jemand dafür an einer Werkbank gestanden hätte. Es gibt keine Wertschöpfung, es gibt keine Produktion und keine Kopplung an die reale Wirtschaft. Aber derjenige, der tagtäglich an der Werkbank steht, soll für die Fehler einer ganzen Branche geradestehen. So kann das nicht gehen.

(Christian Grascha [FDP]: Der zahlt ja diese Steuer!)

- Die zahlen die, die das Geld haben, sich diese Fonds zu kaufen. Ich finde, das sind nicht die Faltschen.

(Beifall bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Das zahlen die Versicherungskunden und Fondssparer!)

- Genau, die FDP beschützt die kleinen Sparer! So weit wird es noch kommen!

(Zustimmung bei der FDP)

Die ungeheuren Sprengsätze auf den Finanzmärkten, von denen ich hier rede, gefährden die Demokratie, auch bei uns. Ich glaube, Occupy ist erst der Anfang einer neuen Bewegung. Denn warum sollten sich denkende Menschen gefallen lassen, dass sich einige wenige auf Kosten aller anderen die Taschen vollstopfen?

(Jens Nacke [CDU]: Da ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens!)

Wer sind denn eigentlich die starken Lobbyisten, die Sie beeinflussen, und wer sind die schwachen Staatenlenker, die solche Ungerechtigkeiten nicht wenigstens begrenzen können?

Es ist an der Zeit, den Spielern endlich zu sagen: Beteiligt euch an den von euch verursachten Kosten! Die Länder - auch Herr Möllring - verwalten inzwischen doch nur noch Mangel und Verschuldung. Staatliche Ausgaben können nur noch unter Mühen ausreichend finanziert werden. Und dort, wo das meiste Geld umgesetzt und im Zweifel vernichtet werden kann, schauen wir nicht hin und trauen wir uns eine Besteuerung nicht zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir von der SPD verlangen eine Besteuerung in homöopathischen Dosen. Davon geht die Welt auch in der Finanzwirtschaft nicht unter.

(Jens Nacke [CDU]: Da geht Herrn Dr. Sohn das Herz auf!)

Würden wir bei dem derzeitigen Umsatz einen Steuersatz von 0,05 % erheben, kämen rechnerisch in der Eurozone 250 Milliarden Euro zusammen. Davon entfielen auf Deutschland 17 bis 36 Milliarden Euro Mehreinnahmen - Geld, das wir wahrlich gut gebrauchen können: für Bildung, für Soziales, vielleicht auch für Pflege - wir haben es ja gehört - oder auch für die Konsolidierung.

(Christian Grascha [FDP]: Wie kommen Sie denn eigentlich an die Zahlen?)

- Das ist das Österreichische Institut für Weltwirtschaft.

Versicherungen von Privatpersonen und Unternehmen wären nicht in starkem Maße betroffen. Würde man dem anderen Vorschlag der Kommission folgen, die mit verschiedenen Steuersätzen von 0,01 bzw. - - -

#### **Präsident Hermann Dinkla:**

Darf ich kurz unterbrechen? - Herr Kollege Grascha, wenn ich es richtig sehe, haben Sie noch

Zeit, von hier vorne auf die Argumente einzugehen.

(Stefan Schostok [SPD]: Die Zeit können Sie doch streichen! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Ich habe ihn provoziert!)

Bitte, Frau Kollegin!

#### **Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Würde man dem anderen Vorschlag der Kommission folgen, die mit unterschiedlichen Steuersätzen von 0,01 bzw. 0,1 % rechnet, ergäben sich für die EU Mehreinnahmen in Höhe von 57 Milliarden Euro pro Jahr.

(Zuruf von Klaus Rickert [FDP])

- Herr Rickert, jetzt mal wirklich!

(Klaus Rickert [FDP]: Ja, okay!)

Wir wollen, dass vor allem kurzfristige Spekulationen - besonders die aus dem Hochfrequenzhandel - teurer werden, und so soll es uninteressanter werden, über ständiges Hin- und Herbuchen jede noch so kleine Marge mitnehmen zu wollen. Wir wollen einfach die Geschwindigkeit aus dem Markt nehmen und zudem eine Regulierung der Schattenbanken und Hedgefonds vornehmen, die frei und unbehelligt ohne jede Auflage weltweit das meiste Geld einsammeln.

(Zustimmung bei der SPD)

Während z. B. die NORD/LB, die Sparkassen und die Volksbanken immer wieder mit höheren Eigenkapitalanforderungen, die an sie gestellt werden, konfrontiert werden, dürfen diese Fonds ohne jedes Eigenkapital am Markt agieren. Den Produkten werden weder Aufsicht noch Risikomanagement zugemutet. Weder muss die Risikotragfähigkeit laufend sichergestellt werden, noch müssen sie sich mit Basel I, II oder III herumplagen.

(Christian Grascha [FDP]: So sicher ist die Steuer ja auch nicht!)

- Aber diese Ungerechtigkeit muss trotzdem beseitigt werden. Dem werden Sie ja wohl zustimmen.

Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen muss daher Druck machen, sich hörbar für die Finanztransaktionssteuer einsetzen und dazu beitragen, dass Märkte und Produkte wieder transparent gemacht werden. Gleichzeitig müssen wir für eine Rückbesinnung auf die Kopplung von realer Wirtschaft und Finanzwirtschaft drängen. Am Beispiel von Volkswagen wird deutlich - die haben jetzt

einen Umsatz von 127 Milliarden Euro gemacht -, dass es dieses Jahr bei den Schattenbanken 60 Billionen Euro waren. Dieses Missverhältnis darf nicht so bleiben und soll nicht so bleiben. Wir sind entschlossen, für unsere Steuer zu kämpfen, und freuen uns auf die Ausschussberatung.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Hilbers von der CDU-Fraktion das Wort.

**Reinhold Hilbers (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, was als Antrag zur Ausgestaltung einer Finanzmarkttransaktionssteuer vorgelegt worden ist, ist nun wirklich keine neue Erfindung. Es gibt eine Bundestagsdrucksache der SPD-Fraktion dazu, die man sich anschauen kann. In der Drs. 17/6086 kann man die gesamte intellektuelle Leistung der SPD ablesen. Dort ist nämlich explizit das aufgeführt, was in den Antrag aufgenommen worden ist.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Es gibt noch ältere Anträge von der Linken!)

- Ja, es mag noch ältere von der Linkspartei geben. Es mag auch sein, dass die SPD-Fraktion im Bundestag Anleihe bei der Linkspartei genommen hat.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das wäre klug!)

Das alles beschäftigt mich weniger.

Ich will Ihnen deutlich sagen, dass wir in Niedersachsen und hier im Parlament die Bundesregierung dabei unterstützen, nach Möglichkeit eine weltweit gültige Finanzmarkttransaktionssteuer einzuführen. Wenn das nicht durchsetzbar ist, sollte man das ersatzweise auf europäischer Ebene machen.

Es bringt aber überhaupt nichts, davon auszugehen, man könne national ein Zeichen setzen und mit diesem Zeichen dann dazu aufrufen, dass andere diesem Beispiel folgen. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die Märkte werden sich dorthin verlagern, wo diese Transaktionssteuer nicht zu zahlen ist. Das hat man in Schweden gesehen. Dort sind 80 % der Umsätze an der Stelle eingebrochen. Dann werden die gleichen Geschäfte mit weniger Finanzmarktkontrolle, mit weniger Ver-

braucherschutz und mit weniger profitablen Geschäften durch unsere Märkte an anderer Stelle ausgeführt.

Das kann nicht unser Ziel sein. Deswegen müssen wir es im Auge behalten, es europaweit, sinnvoll und maßvoll einzuführen. Dazu sind wir bereit, und dafür haben wir Vorschläge unterbreitet. Dafür brauchen wir nicht eigens einen Antrag vorzulegen, sondern dazu haben wir uns schon in der Vergangenheit immer deutlich positioniert. Die Bundeskanzlerin hat sich im Rahmen der Diskussion zur Stabilisierung der Finanzmärkte immer in dieser Hinsicht eingelassen und eingesetzt.

Die Einführung einer Steuer allein auf deutscher Seite würde zu diesen Verwerfungen auf dem Markt führen und würde keine Mehreinnahmen erzeugen. Die von Ihnen zitierten Mehreinnahmen treten in der Größenordnung im Übrigen nur dann ein, wenn die Finanzmarktsteuer weltweit eingeführt wird. Ansonsten werden Sie diese Einnahmen, die Sie generieren wollen, im EU-Raum nicht erzielen können.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Emmerich-Kopatsch?

**Reinhold Hilbers (CDU):**

Ja.

**Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):**

Lieber Kollege Hilbers, in unserem Antrag steht ausdrücklich, dass sie nicht national eingeführt werden soll, sondern möglichst europaweit. Ich habe ja ausgeführt, dass vier große Länder schon reichen würden, um sie zum Erfolg zu führen.

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege Hilbers!

**Reinhold Hilbers (CDU):**

Sie haben eben in Ihrer Rede etwas abweichend vom Antrag ausgeführt, dass man mit einigen Ländern beginnen sollte. Daraus habe ich geschlussfolgert, dass Sie das dann auch ohne EU-Abstimmung machen würden. Wir halten das nur für sinnvoll, wenn das im EU-Bereich, im Euroraum bzw. in der gesamten Europäischen Union eingeführt wird. Nur dann macht eine Transaktionssteuer in dieser Größenordnung Sinn. Dass wir sie wollen und dass wir darüber auch gar nicht zu

streiten brauchen, macht schon der Umstand deutlich, dass sie im Bundeshaushalt eingeplant ist.

Es ist aber auch falsch, wie es in Ihrem Antrag steht, dass die Länder daran in besonderer Weise partizipieren; denn es ist klar, dass es sich um eine Steuer handelt, die eine Bundessteuer darstellt. Sie brauchen doch nur in das Grundgesetz zu schauen, dort ist das verankert.

Im Übrigen, zur Ausgestaltung bei der Europäischen Union: Der Haushaltsausschuss war in Brüssel. Dort ist vorgetragen worden, dass das Geld eigentlich zur Finanzierung der europäischen Vorhaben dienen soll. Also muss noch gesteuert werden, wo das Geld eingesetzt werden soll.

(Markus Brinkmann [SPD]: Erst einnehmen, dann verteilen!)

Wir haben die Finanzmarktstabilisierung in verschiedenen Bereichen erfolgreich auf den Weg gebracht. Ich sage ausdrücklich: Auch die Finanzmarkttransaktionssteuer kann dazu beitragen, an bestimmten Stellen Lenkungseffekte zu erzielen, wenn sie klug ausgestaltet ist. Dazu muss man sich aber die Anhörung des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages genau ansehen und dahin gehend auswerten, wie man die Steuer umsetzen möchte. Es gibt das Prinzip, dass die Steuer in dem Land gilt, wo derjenige, der die Transaktion auslöst, beheimatet ist. Das ist wichtig. Wenn das platzbezogen stattfindet, werden wir sonst nichts davon sehen. Das ist auch wichtig für die Steuerung.

Es ist wichtig, dass wir die Steuer so bemessen, dass sie eine Lenkungsfunktion hat und dass damit gleichzeitig Einnahmen erzielt werden. Ich finde es richtig, dass wir über diese Transaktion auch zur Sicherung unserer Einnahmen beitragen. Da sind wir im Konsens. Aber eine hektische Umsetzung, die in Europa nicht abgestimmt ist und bei der wir die Erwartung und die Haltung in Europa nicht berücksichtigen, bringt uns in der Sache nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Finanzplatz London im Griff und im Blick haben, und wir müssen darauf achten, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit an dieser Stelle nicht untergraben. Denn wir würden unseren Finanzmärkten und unseren auf dem Finanzmarkt tätigen Banken und Akteuren einen Bärendienst erweisen, wenn wir dafür sorgen, dass das Ganze bei uns nicht mehr stattfindet, dass unsere Arbeitsplätze abgeschafft werden und dass die

Transaktionen woanders munter wie bisher weitergehen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Ein richtiger Hinweis! Sehr gut!)

Deswegen greift Ihr Antrag mit Ihren Festlegungen zu kurz. Wir sind der Auffassung, dass wir nicht mit konkreten Festlegungen unsererseits in die europäischen Verhandlungen gehen, sondern das klare Ziel muss sein, sie einzuführen, und das klare Ziel muss sein, dass sie Wirkung zeigen muss. Aber dann muss man die Ausgestaltung mit den europäischen Partnern besprechen. Dafür sind Vorfestlegungen, wie Sie sie getroffen haben, kontraproduktiv und helfen uns an der Stelle nicht weiter. Das, was Sie machen, ist nur Säbelrasseln, weil Sie dann sehr schön darstellen wollen, dass Sie auch die Kapitalmärkte an den Kosten der Krise beteiligen wollen. Darum geht es Ihnen in Wahrheit.

Eines will ich Ihnen noch mit auf den Weg geben: Wer glaubt, dass die Finanztransaktionssteuer nur ein paar böse Bankenbuben trifft, die sie bezahlen müssen, der irrt mächtig. Die Finanztransaktionssteuer wird sich auch auf die Renditen von Lebensversicherungen auswirken, weil sie sich dort kostenmäßig niederschlägt und die Rendite mindert. Sie wird sich für Fondsgesellschaften, wo Anlagen getätigt worden sind, auswirken. Sie wird sich auch auf Kleinsparer auswirken, die Sparverträge haben. All das müssen Sie berücksichtigen.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Sehr richtig!)

Das Gleiche gilt für börsliche und außerbörsliche Transaktionen, die Sie einbeziehen wollen. Da müssen Sie ganz genau hinschauen. Sonst gibt es am Ende Lenkungseffekte, die bestimmte Produkte wieder auf den Markt bringen, die gar nicht zertifiziert sind, gar nicht der Finanzmarktkontrolle unterliegen und gar nicht so wirkungsvoll sind, wie wir es eigentlich haben wollen.

Die Ausgestaltung ist ganz wichtig. Nehmen Sie sich die Zeit! Legen Sie sich nicht vorher fest! Gehen Sie diesen Weg mit! Die weltweite Lösung ist die beste; die europäische Lösung ist die zweitbeste. Auf der Ebene sollten wir weiterarbeiten. Das tun wir zusammen mit der Bundesregierung; da können Sie sicher sein.

In Ihrem Antrag haben Sie das abgekupfert, was Ihre Bundestagsfraktion schon im November auf den Tisch gelegt hat. Wir nehmen es zur Kenntnis.

Sonst hätten wir das in Berlin vielleicht gar nicht bemerkt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile dem Kollegen Dr. Sohn von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

**Dr. Manfred Sohn (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Frau Emmerich-Kopatsch, bedanke ich mich bei der SPD, dass Sie so prompt unsere Dringlichen Anfragen zu Anträgen verarbeiten. Das nenne ich inneroppositionelle Zusammenarbeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Legen Sie einmal die Drs. 16/4441 neben die Drs. 16/4376. Dann werden Sie sehen, woher der Anstoß für diesen insgesamt ordentlichen Antrag kam.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das macht die intellektuelle Leistung ja noch schlechter!)

Ich will nur einige Anmerkungen machen, weil der Antrag ja noch im Ausschuss ausführlicher beraten wird.

Erstens. Offensichtlich sind wir alle hier im Haus für eine Finanztransaktionssteuer. Ich habe aber doch die Frage - das habe ich eben schon in einem Zwischenruf gefragt -, worauf genau sie bezogen werden soll. Denn wenn man Hedgefonds verbietet, kann man sie nicht besteuern. Das ist ziemlich logisch. Also muss man doch etwas präziser definieren, als es in Ihrem Antrag erfolgt ist, worauf diese Steuer bezogen werden soll bzw. auf welche gefährlichen Finanzprodukte sie nicht bezogen werden soll, weil wir diese verbieten wollen.

Ich kann dazu etwas aus dem Erfurter Programm vorlesen. Das habe ich ja schon einige Male genannt. Das ist ein wunderbares Ding. Darin schreiben wir, die Linke:

(Wolfgang Jüttner [SPD]: 1893!)

„Wir wollen spekulative Investmentvehikel wie Hedge-Fonds und Private-Equity-Gesellschaften ... verbieten.“ Dann kann man sie auch nicht besteuern. Weiter sagen wir: „Sämtliche Finanztransaktionen wie Börsenumsätze, außerbörslicher Handel oder Devisengeschäfte sind mit einer

Steuer zu belegen, um Spekulation unattraktiv zu machen.“

Frau Emmerich-Kopatsch, man muss schon genauer definieren, worauf man das anwendet. Das kann man anders gestalten, aber man muss es in einen solchen Antrag hineinschreiben. Da fehlt ein bisschen Präzision.

Auch die Formulierung „erhebliche Einnahmen“ ist etwas ungenau. Das haben wir in unserer Dringlichen Anfrage etwas genauer dargestellt. Wir haben die Einnahmen auf 16 Milliarden Euro beziffert. Sie haben das eben nachgeholt. Auch da müsste man, finde ich, nacharbeiten.

Der Hauptstreitpunkt - das hat sich hier schon abgezeichnet - ist natürlich die Frage des nationalen Alleingangs. Sie sind ja in der Bundestagsfraktion einen Hauch mutiger als in Niedersachsen. In einer Presseerklärung vom 9. Januar der AG Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion steht immerhin: „Als erster Schritt könnte die Steuer auch von einem Zusammenschluss ‚gleichgesinnter‘ Staaten erhoben werden.“ Das finden wir auch.

(Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Wir haben das gemacht. Wir würden uns wünschen, Sie gingen da auch noch einen Schritt weiter. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag - das ist nichts Neues; das steht schon in unserer Dringlichen Anfrage - hat in einem gemeinsamen Antrag mit der französischen Front de Gauche am 1. Dezember 2011 zeitgleich sowohl im Deutschen Bundestag als auch in der Französischen Nationalversammlung die Einführung der Finanztransaktionssteuer für Anfang 2012 gefordert. - Gerne nachmachen, liebe SPD! So kann man einen Schritt in die richtige Richtung gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte als Schlussbemerkung nur noch einen Hinweis geben. Der Begriff „Realwirtschaft“ im Antrag und auch in Ihren Ausführungen hat mich etwas gestört. Das erweckt ein bisschen den Anschein, als gebe es eine Grenze zwischen Realwirtschaft und einer anderen Wirtschaft, wobei ich gar nicht weiß, was die andere Wirtschaft sein soll, ob Versicherungen und Banken dann „Irrealwirtschaft“ sind.

Ich sage das deshalb - jetzt kommt die Abteilung Selbstkritik -, weil auch bis in die Reihen unserer Partei eine, finde ich, irrealer Grenzziehung

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD]  
und Wolfgang Jüttner [SPD])

- ja, Selbstkritik; wir machen das, Herr Watermann - zwischen der Realwirtschaft, die dann so in Ordnung ist, und der „Irrealwirtschaft“, Herr Jüttner, erfolgt.

Das nährt natürlich die Illusion, man könne die gegenwärtige Krise bewältigen, indem man nur im Finanztransaktionsbereich etwas unternimmt. Das ist eine Illusion. Wir brauchen schon ordentliche Tarifverhandlungen. Wir brauchen insgesamt eine Umverteilung von oben nach unten. Allein mit diesen Methoden in der Zirkulationssphäre - würde man marxistisch sagen - wird man der Krise nicht beikommen.

Das vielleicht als Anregung für die Diskussion im Haushaltsausschuss, Herr Brinkmann, die wir mit großem Genuss gemeinsam führen werden.

Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Grascha das Wort.

**Christian Grascha (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im ersten Satz des Antrags der SPD-Fraktion wird ja bereits darauf hingewiesen, dass es sich um „globalisierte Finanzmärkte“ handelt. Das macht die Vielschichtigkeit dieses Themas schon deutlich. Deswegen ist - das hat der Kollege Hilbers gesagt - die beste Lösung eine globale Lösung. Die zweitbeste Lösung ist immer die Lösung, die möglichst viele Finanzplätze der Welt umfasst. Das heißt, beispielsweise im Bereich der EU ist eine Finanztransaktionssteuer sicherlich noch akzeptabel.

Wenn man sich dann allerdings auf die Eurozone bezieht und den wichtigsten Finanzplatz Europas herauslässt, wo 70 % aller Finanztransaktionen stattfinden, dann wird es schlicht widersinnig. Denn die 30 %, die dann noch übrig bleiben, kann man relativ einfach von der übrigen Eurozone nach London transferieren.

Ich möchte auf ein Argument eingehen, das in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, nämlich auf die Regulierung. Ich glaube, das Regulierungsargument ist bei der Finanztransaktionssteuer nachrangig. Wer glaubt, dass die Finanztransaktionssteuer regulierend eingreift, der

glaubt auch, dass die Ökosteuer die Umwelt schützt, meine Damen und Herren. So einfach ist die Welt nun einmal nicht.

(Detlef Tanke [SPD] lacht)

Wenn man für eine Finanztransaktionssteuer ist, dann muss man den Bürgerinnen und Bürgern ehrlicherweise dazusagen, dass es um zusätzliche Einnahmen für den Staat geht. Es geht darum, dass alle Produkte herangezogen werden, beispielsweise die Fondssparpläne, die Versicherungsprodukte, die Kreditabsicherungen und Währungsabsicherungen unseres Mittelstandes, die nicht einfach mal eben den Finanzplatz wechseln können. Auch die werden am Ende diese Finanztransaktionssteuer bezahlen.

Sie haben ja dankenswerterweise, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in Ihrem eigentlichen Antragstext auf diese Rhetorik verzichtet. Aber in der Begründung haben Sie formuliert, dass Sie den Finanzsektor an der Finanzierung der Kosten der Krisenbewältigung beteiligen wollen. - Durch eine Finanztransaktionssteuer beteiligen Sie den Finanzsektor allerdings nicht an der Krise, meine Damen und Herren.

Jetzt stellt sich die Frage: Kann eine Finanztransaktionssteuer Spekulationen reduzieren? - Ich glaube, aus zwei Gründen kann sie das nicht. Wenn sie nicht weltweit eingeführt wird, dann weichen diese Spekulationsgeschäfte auf andere Finanzmärkte aus, oder - das ist der andere Punkt - sie führt zu einer Konzentration von Finanztransaktionen an den Finanzmärkten. Somit wird mehr Volumen bewegt und kommt es zu noch stärkeren Kursschwankungen.

Ich glaube, wenn man sich mit der Regulierung der Finanzmärkte beschäftigen will, dann ist Deutschland ein gutes Vorbild. Deutschland hat die Bankenabgabe eingeführt, Deutschland hat das Restrukturierungsgesetz für Banken eingeführt, Deutschland hat andere Finanzmarktregulierungen eingeführt. Außerdem gibt es auch die Vorschläge der Kommission. Auch die müssen erst einmal umgesetzt werden, und wir müssen die Wirkung abwarten.

Ich komme zum Schluss.

(Zustimmung bei der SPD)

Es gibt aus meiner Sicht weltweit kein überzeugendes Beispiel, wo die Finanztransaktionssteuer funktioniert hat. Wenn man sie allerdings einführt, dann muss man darauf achten, dass der Finanz-

platz Deutschland keine Nachteile erleidet. Dazu hat beispielsweise der Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler einen guten Vorschlag gemacht, nämlich dass wir uns mit dem britischen Modell anfreunden sollten.

Das Zweite, worauf zu achten ist - - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich darf Sie kurz unterbrechen. - Die Präsenz im Plenarsaal ist nicht sehr groß. Allerdings ist der Geräuschpegel sehr hoch. Das passt nicht zusammen. Ich möchte insofern darum bitten, dass die Gespräche eingestellt werden, damit der Redner Gehör findet. - Bitte, Herr Kollege!

**Christian Grascha (FDP):**

Offensichtlich haben die Kolleginnen und Kollegen der SPD an sachlichen Argumenten zu diesem Thema kein Interesse, wenn ihre ideologischen Argumente nicht gestützt werden, meine Damen und Herren.

Wie gesagt: Keine Nachteile für den Finanzplatz Deutschland. Eine Durchführung muss rechtssicher sein und möglichst ohne Bürokratie vonstattengehen. Dann ist so etwas sicherlich denkbar, aber eben nur unter diesen beiden Voraussetzungen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Klein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP hätte wahrscheinlich am liebsten eine Steuer auf freiwilliger Basis.

(Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE] - Christian Grascha [FDP]:  
Das habe ich aber nicht gesagt!)

Wir jedenfalls begrüßen die Initiative der SPD. Eine Finanztransaktionssteuer ist richtig, wichtig und überfällig.

(Christian Grascha [FDP]: Setzen Sie sich doch einmal mit unseren Argumenten auseinander!)

Wir möchten allerdings dafür plädieren, den Antrag so zu verstehen, dass wir das Rad nicht neu erfinden, sondern uns in den weiteren Beratungen auf die weit gediehenen Vorschläge der EU-Kommission stützen. Dann sind viele Fragen, die Kollege Grascha und Kollege Hilbers hier angesprochen haben, längst beantwortet.

Nach vielen Monaten der öffentlichen Konsultationen, Expertenanhörungen und diversen Studien zur Folgenabschätzung hat die Kommission ihren Vorschlag einer Finanztransaktionsrichtlinie im September 2011 vorgelegt. Ich finde, das ist ein sehr gut durchdachter Vorschlag, an dem es aus meiner Sicht kaum noch etwas zu verbessern gibt. Entsprechend positiv hat das EU-Parlament diese Initiative diskutiert. Jetzt liegt der Ball beim Ministerrat. Auch die Bundesregierung ist dafür verantwortlich, dass die Sache dort schmort und nicht weiterkommt. Dabei ist uns natürlich sehr bewusst, dass es nur der kleinere Teil der Bundesregierung ist, der hierbei auf der Leitung steht. Nicht wahr, Herr Grascha?

Es würde sich lohnen - die Zeit reicht heute nicht -, auf die insgesamt 18 Erwägungsgründe einzugehen, die die Entscheidungsgrundlage für den Kommissionsvorschlag waren. Knapp gefasst: Es soll sichergestellt werden, dass der Finanzsektor in Zeiten der Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedsstaaten einen angemessenen Beitrag leistet. Er hatte einen wesentlichen Anteil an der Entstehung der Wirtschaftskrise, während die Regierungen und damit die Bürger Europas die Kosten für die massiven durch Steuergelder finanzierten Rettungspakete für den Finanzsektor getragen haben.

Zudem wird der Sektor im Vergleich zu anderen Sektoren gegenwärtig viel zu gering besteuert, nämlich so gut wie gar nicht. Wir haben schon gehört, dass nach den EU-Berechnungen jährlich 57 Milliarden Euro vereinnahmt werden sollen. Ich finde, das ist nur recht und billig angesichts von 4,6 Billionen Euro, die die Mitgliedsstaaten für die Rettung des Finanzsektors ausgegeben haben.

Außerdem würde natürlich ein koordinierter Rahmen auf EU-Ebene zur Stärkung des EU-Binnenmarktes beitragen. Immerhin wenden schon zehn Mitgliedsstaaten eine Art Finanztransaktionssteuer an. Sie würde die EU in der Debatte über die wichtige weltweite Finanztransaktionssteuer insbesondere im Rahmen der G 20 stärken. Last, but not least geht es natürlich darum, die bisherigen regulatorischen Maßnahmen zu ergänzen und riskante



Handelsgeschäfte wie z. B. den Hochfrequenzhandel einzuschränken.

Kommen wir zum Inhalt. Diese EU-Steuer deckt eine sehr breite Palette von Finanzmarktakteuren, Instrumenten und Produkten ab. Sie wird fällig, sobald mindestens ein Transaktionspartner in der EU ansässig ist. Es ist also nichts mit Ausweichen. Sehr wenige, aber sehr gezielte Ausnahmen befreien oder entlasten den Privatkundenbereich, die KMU und den Bereich der öffentlichen Finanzierung. Niedrige Steuersätze - nämlich 0,01 % bei Derivaten und 0,1 % bei anderen Finanztransaktionen - verhindern Ausweich- und Vermeidungsstrategien.

Die Kommission möchte gern am 1. Januar 2014 starten. Wir sollten sie dabei unterstützen und die Bundesregierung ermuntern, die Beratungen in Brüssel voranzutreiben. Die FDP hat doch gerade ihren Bundespräsidenten bekommen, Herr Gräsch.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das war doch Ihr Vorschlag!)

Dann könnten doch jetzt Frau Merkel und Herr Schäuble wieder bestimmen, wo es langgeht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Hermann Dinkla:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Vorgesehen ist eine Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Ich schaue in die Runde. Zeigt sich dagegen Widerspruch? - Nein. Damit ist die Ausschussüberweisung erfolgt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 37:**

**Das Recht auf Unversehrtheit gilt auch für intersexuelle Menschen** - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/4442

Wie bereits angekündigt, ist eine Direktüberweisung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration und zur Mitberatung an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen vorgesehen.

Der Blick in die Runde zeigt mir, dass sich auch dagegen kein Widerspruch erhebt. Das ist damit beschlossen und verkündet.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 38** auf:

Erste (und abschließende) Beratung:

**Beobachtung der Gesamtpartei DIE LINKE in Niedersachsen und ihrer Abgeordneten durch die niedersächsische Verfassungsschutzbehörde unverzüglich beenden** - Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/4443

Zur Einbringung erteile ich dem Kollegen Adler das Wort.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wo ist unser Schlapphutminister?)

**Hans-Henning Adler (LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn eine Besuchergruppe z. B. aus einer Schule aus Niedersachsen in den Landtag kommt, wird ihr der Parlamentarismus erklärt. Wahrscheinlich fällt dann auch der Satz: Das Parlament kontrolliert die Regierung.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wo ist eigentlich Herr Schönemann?)

Der Befund ist aber anders. Diese Landesregierung hält sich einen Geheimdienst, organisiert als Abteilung des Innenministeriums, und nennt ihn „Verfassungsschutz“. Dieser Geheimdienst maßt sich das Recht an, Abgeordnete des Landtages mit geheimdienstlichen Mitteln zu kontrollieren. So hat es der Verfassungsschutzleiter Wargel eingeräumt. Laut Agentur Reuters werden im Umfeld der Fraktionen V-Leute eingesetzt. Dies soll acht von zehn Abgeordneten unserer Fraktion betreffen.

Der Parlamentarismus wird ad absurdum geführt, wenn die Regierung mit ihrem Geheimdienst die Opposition im Parlament kontrolliert, obwohl es so sein sollte, dass das Parlament, vor allem die Opposition, die Regierung kontrolliert.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege, Ihre Kollegin Frau Reichwaldt möchte eine Frage stellen. Gestatten Sie das?